

Aachener Zeitung

DIENSTAG, 11. MAI 2010 · 65. JAHRGANG



DER „BÜßER“
„Poldi“ zahlt
in Eschweiler

▶ Seite 5



AUTOPILOT LENKT
GPS-System in
der Landwirtschaft

▶ Mobil



SAISONBILANZ
Köln und Gladbach
blicken zurück

▶ Sport

Nummer 109

www.az-web.de

1,10 Euro

IM LOKALTEIL

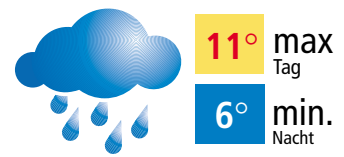
▶ Jeder fünfte
wählt die Grünen

Aachen. Wahl-Nachlese: Je-der fünfte Aachener wählt die Grünen, Hochburgen der Sozialdemokraten liegen im Ostviertel, die CDU ist in allen Bezirken vorne. Gestern war Nachlese in Sachen Landtagswahl. Im AZ-Themencheck äußern sich die Parteisprecher.

▶ Europatag an
Aachener Schulen

▶ Grandioses Konzert
der Big Bandits

WETTER



▶ Wetterkarte Bunte Seite

WAS BRINGT DER TAG?

▶ Papst Benedikt XVI. bricht heute zu einer viertägigen Portugalreise auf. Im Mittelpunkt steht ein Besuch in Fatima, einem der größten Marienwallfahrtsorte der Welt. ▶ Seite 2

TELEGRAMME

Deutschland verliert gegen Finnland 0:1

Köln. Deutschland hat bei der Eishockey-WM gestern Abend gegen Finnland 0:1 verloren. Eishockey-Zwerg Dänemark hat nach Finnland auch die USA besiegt und ist vorzeitig in die Zwischenrunde eingezogen. Deutschlands letzter Gruppenegegner bezwang in Köln den Olympia-Zweiten mit 2:1 nach Verlängerung. Die Amerikaner hatten das Eröffnungsspiel gegen Deutschland mit 1:2 verloren. ▶ Sport

Griechenland kürzt die Renten

Athen. Die griechische Regierung hat gestern eine umfassende Rentenreform und damit einen weiteren Teil ihres rigiden Sparprogramms verabschiedet. Das Paket sieht spürbare Einschnitte bei den Renten vor. (afp)

FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Aachener Zeitung
Postfach 500110, 52085 Aachen

Zeitungsverkauf/-zustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790

Anzeigen-Annahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

Redaktion:
Tel: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-360

Verlag:
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

AZ im Internet:
www.az-web.de

Steuersenkungen liegen vorerst auf Eis

Nach der NRW-Wahl: Koalitionskarussell in Gang. „Jamaika“ und „Ampel“ sind kaum möglich. Merkel räumt indirekt Fehler ein.

Berlin/Düsseldorf. Nach dem Scheitern von Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen pokern CDU, SPD, Grüne und FDP um die Macht in Düsseldorf. Die Bundesregierung muss wegen des Desasters für CDU und FDP ihre Steuersenkungspläne auf Eis legen.

Die Union forderte die SPD auch wegen der Herausforderungen durch die Euro-Krise zu einer großen Koalition auf. Die SPD mit Spitzenkandidatin Hannelore Kraft pochte aber auf ihren Führungsanspruch – obwohl sie bei

der Landtagswahl am Sonntag mit 6200 Stimmen hauchdünn hinter der abgestürzten CDU von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers lag. Die Sozialdemokraten hielten sich auch ein Bündnis mit der Linken offen.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte gestern in Berlin, Steuersenkungen seien auf absehbare Zeit nicht umzusetzen. Die Konsolidierung des Haushalts und die Einhaltung der Schuldenbremse hätten Priorität. „Es muss klar sein, dass wir uns jetzt bestenfalls mit

der Vereinfachung des Steuersystems befassen.“ Ähnlich äußerte sich in München CSU-Chef Horst Seehofer. Auch die FDP rückte von ihrer Forderung nach baldigen umfangreichen Steuersenkungen ab. Parteichef Guido Westerwelle sagte, seine Partei müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Spielräume ohne eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat „nicht größer“ geworden seien.

Bei der Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland hatte es am Sonntag ein Patt gegeben.

Rot-Grün wie Schwarz-Grün feilt jeweils ein Mandat zur Mehrheit. Rechnerisch möglich sind eine große Koalition, ein rot-rot-grünes Bündnis, eine „Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und Grünen sowie eine „Ampel“ aus SPD, Grünen und FDP. „Jamaika“ und „Ampel“ scheinen aber wegen der Festlegungen vor der Wahl kaum möglich.

Merkel räumte ein, die Bundesregierung habe der Regierung in NRW in den ersten Monaten nicht „Rückenwind gegeben, im Gegen-

teil sogar Gegenwind. Viele Diskussionen wären vermeidbar gewesen.“ Westerwelle verlangte: „Wir brauchen mehr Teamgeist in unserer Koalition.“

Die Koalition muss sich wegen der neuen Lage in der Länderkammer auch bei weiteren zentralen Projekten wie Haushaltssanierung, Gesundheitsreform und Verlängerung der Atomlaufzeiten auf schwierige Verhandlungen mit der Opposition einstellen. (dpa)

▶ Weitere Berichte Seite 3 und Seite 4, Kommentar Seite 4

Der Zeitzeuge

AZ-SPEZIAL

Ein Europäer aus Polen. Ein Pole in Europa. Ein brillanter Zeitzeuge. Wenige Tage vor der Verleihung des Internationalen Karlspreises an den polnischen Premierminister Donald Tusk sprachen wir mit seinem außenpolitischen Berater und ehemaligen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski. Der 88-jährige Historiker wird Tusk nach Aachen begleiten. ▶ SEITE 6



Foto: Andreas Stroh

Der starke Mann ist zum Wackelkandidaten geworden

Spekulationen um Schäubles Einsatzfähigkeit bekommen neue Nahrung. Steht ein Nachfolger bereit?

Berlin. Es geht Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach seinem Brüsseler Krankenhausaufenthalt wieder besser. Der Minister wurde am Montagmittag aus der Klinik entlassen und flog nach Berlin zurück, wie ein Sprecher des Finanzministeriums am Abend sagte. Dennoch: Die Gerüchteküche brodelt weiter. Regierungschefin Angela Merkel sagte klipp und klar, dass sie an Wolfgang Schäuble festhalten will. Trotz der Erkrankung des Finanzministers, der beim historischen

Euro-Gipfel in Brüssel fehlte.

Selbst engste Mitstreiter gehen davon aus, dass der Finanzminister nach dem erneuten Ausfall nur schwer zu halten ist. Schon am Sonntag, nachdem Schäuble überraschend in die Brüsseler Klinik eingeliefert wurde, war ein Rücktritt erwartet worden. Die nach dem Wahldesaster und dem Euro-Rettungspaket angeschlagene Regierungschefin beließ es aber bei ein paar Sätzen: „Es muss keine Kabinettsumbildung geben“, sagte Merkel.

Immer lauter wird in Berlin die Frage gestellt, ob der 67-jährige querschnittsgelähmte Politiker gerade in diesen stürmischen Zeiten gesundheitlich dem Amt noch gewachsen ist. Nach nur sechs Monaten im Amt ist Schäuble – einst als starker Mann an Merkels Kabinettschreibtisch gefeiert – selbst zum Wackelkandidaten geworden. Auch unter den Mitarbeitern im Ministerium soll die Unzufriedenheit über den oft fehlenden Hausbesuch wachsen.

In Brüssel sprang an diesem

Sonntag kurzfristig Innenminister Thomas de Maizière ein, damit Europas größte Volkswirtschaft bei einem der wichtigsten Krisengipfel auch hochkarätig vertreten war. Die Wahl sei auf de Maizière gefallen, da dieser als „Verfassungsminister“ bestens mit der Thematik vertraut sei.

Hinter de Maizières Noteinsatz steckt womöglich mehr. Schließlich wird er neben Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) schon länger als möglicher Nachfolger Schäubles gehandelt. (dpa)

Euro-Rettungsschirm bringt die Börse wieder in Fahrt

Hochstimmung: Finanzmärkte jubeln, Dax klettert. „Ein wichtiger Schritt.“ Europas Währung profitiert aber nur zeitweise.

VON DETLEF DREWES

Brüssel. Bei 750 Milliarden Euro wurden auch die Börsianer weich. Nur wenige Stunden, nachdem das Rettungspaket der EU-Finanzminister geschnürt war, jubelten die Aktienmärkte am Montagmorgen geradezu über die Nachrichten aus Brüssel. Der Dax kletterte knapp über die 6000er-Marke. Der Euro hat allerdings nur zeitweise profitiert. Die Gemeinschaftswährung legte zum Mittag zunächst um rund drei Cent auf knapp 1,31 Dollar zu. Bis zum späten Nachmittag gab der Euro die Gewinne aber fast vollständig wieder ab und kostete 1,2830 Dollar. Ban-

kenpapiere legten indessen kräftig zu. „Mit dem Rettungsschirm ist ein Flächenbrand abgewendet worden“, hieß es an der Frankfurter Börse. „Es war der richtige Schritt zu richtigen Zeit“, meinte ein anderer Fondsmanager.

Dabei war es offenbar nicht so sehr das angekündigte Paket aus Bürgschaften und Krediten, das die Finanzmärkte so euphorisch rea-

gieren ließ. Als sehr viel einschneidender wurde der Kurswechsel der Europäischen Zentralbank eingestuft, die sich

bereit erklärt hatte, gemeinsam mit anderen Großbanken Staatsanleihen maroder Euro-Länder aufzukaufen. Analysten der Royal Bank of Scotland nannten dies den „wichtigsten Schritt des Rettungsschirms“, der alle Beobachter „völlig überrascht“ habe, weil die EZB sich noch am Donnerstag geweigert hatte, in entsprechende Papiere zu investieren.

Zwar befürchteten viele Banker, dass dies zu einer verstärkten Inflation führen könne. Dennoch nehme die Initiative „Druck von den beteiligten Regierungen“. Tatsächlich fielen die Risikoaufschläge auch für griechische Anleihen im Verlauf des Montags nicht nur

spürbar, sie stürzten gestern von 12,711 Prozent am Freitag auf 6,573 Prozent für zehnjährige Anleihen regelrecht ab. „Alle Beteiligten wollen zeigen, dass wir den Euro verteidigen, koste es, was es wolle“, begründete EU-Währungskommissar Olli Rehn gestern den unerwarteten Schritt der EZB.

Der Chef des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, nannte den Beschluss der EU-Finanzminister „einen großen Schritt nach vorne“. Sie und die Notenbankchefs der G7 erklärten, die Maßnahmen „stellen einen starken Beitrag zur finanziellen Stabilität dar“.

▶ Seite 2, Wirtschaft

